

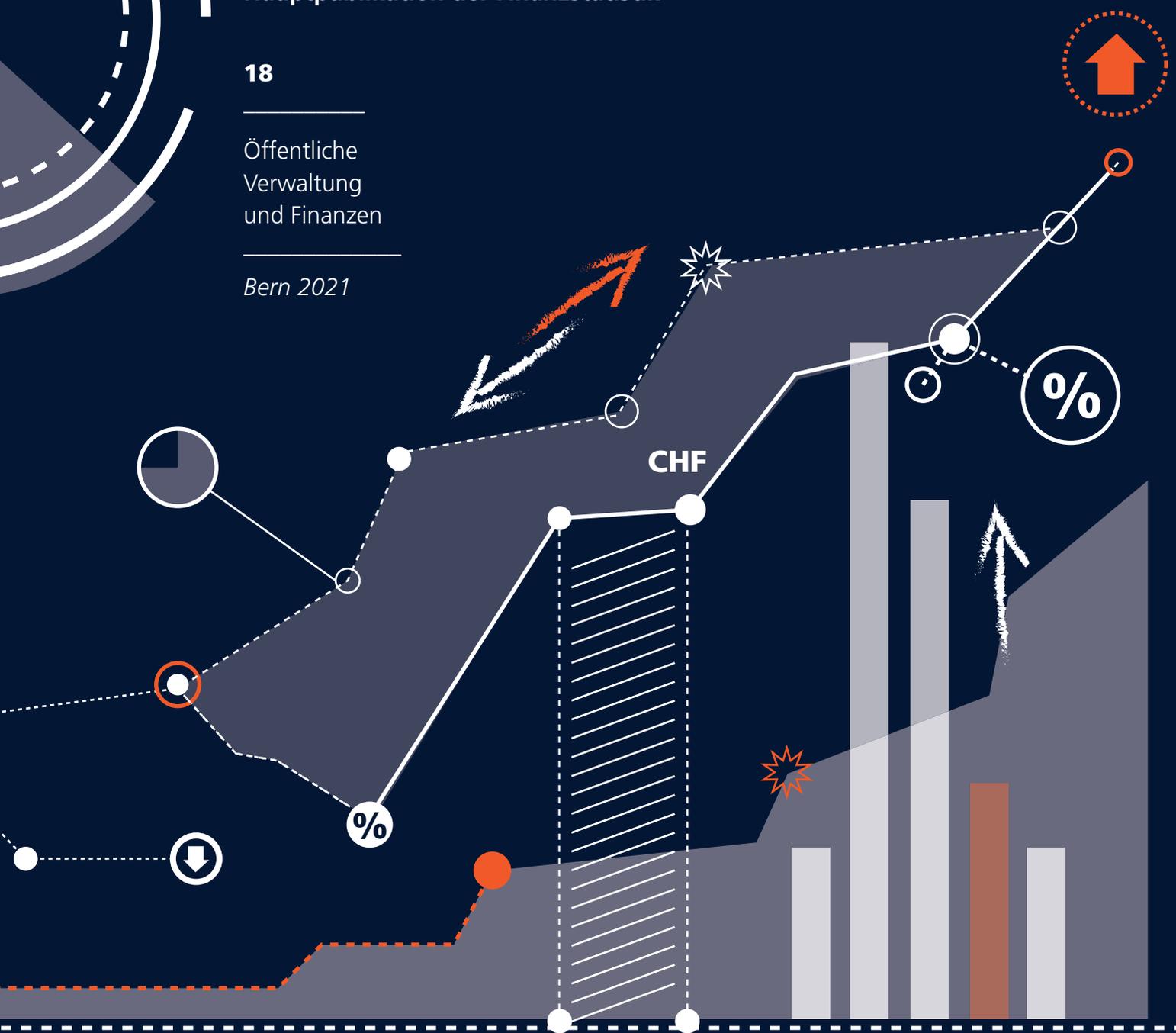
Öffentliche Finanzen der Schweiz 2019–2022

Hauptpublikation der Finanzstatistik

18

Öffentliche
Verwaltung
und Finanzen

Bern 2021



Herausgeber: Eidgenössische Finanzverwaltung
Auskunft: finstat@efv.admin.ch, Tel. 058 462 15 44
Redaktion: Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV
Inhalt: Sektion Finanzstatistik, EFV
Reihe: Statistik der Schweiz
Themenbereich: 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
Originaltext: Deutsch
Übersetzung: Sektion Sprachdienste EFD
Layout: Sektion Finanzstatistik, EFV
Publikationsdatum: 29. Oktober 2021
Online: <https://www.efv.admin.ch>
Copyright: EFV, Bern
Wiedergabe unter Angabe der Quelle
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet

Vertrieb: www.bundespublikationen.admin.ch, Art.-Nr. 601.100.D

Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste in Kürze	1
2	Einleitung	3
3	Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)	4
3.1	Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben	4
3.2	Bilanz und Verschuldung	9
4	Öffentliche Finanzen der Schweiz nach internationalen Richtlinien (GFS)	13
4.1	Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben	13
4.2	Vermögensrechnung und Verschuldung	15
4.3	Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich	18
5	Anhang	22

1 Das Wichtigste in Kürze

Jahr 2021 - Aufgrund der langanhaltenden Pandemie-Situation wurden für das laufende Jahr 2021 erneut umfangreiche Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen beschlossen, u.a. Härtefallmassnahmen von Bund und Kantonen. Für den Gesamtstaat dürften sich die Massnahmen auf rund 18 Milliarden Franken (2020: 17 Mrd.) belaufen. Angesichts der gleichzeitig rückläufigen Fiskalerträge bei den Kantonen und Gemeinden bleibt damit die Belastung für die öffentlichen Haushalte sehr hoch. Das Defizit dürfte beim Gesamtstaat voraussichtlich auf 2,3 % des BIP zu liegen kommen und grösstenteils mit Fremdkapital gedeckt werden. So erwartet die Eidg. Finanzstatistik für 2021 einen Fremdkapitalanstieg von 12,5 Milliarden auf 311,6 Milliarden Franken.

Mit den Lockerungen der Corona-Einschränkungen im Frühjahr 2021 hat in der Binnenwirtschaft eine Aufholbewegung eingesetzt. Die Konjunkturerholung dürfte sich auch im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen. So erwartet die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes (Stand September 2021), dass die Unternehmen ihre Investitionen erhöhen und vermehrt Personal anstellen. Folglich dürfte die Kurzarbeit sukzessive abgebaut werden und die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Deswegen erwartet die Eidg. Finanzstatistik bei den Sozialversicherungen, die als automatische Konjunkturstabilisatoren für die Wirtschaft wirken, einen Ausgabenrückgang. Aufgrund der deutlich verbesserten Wirtschaftsleistung dürfte die Staatsquote von 36,5 % im 2020 auf 35,2 % des BIP im 2021 zurückgehen.

Jahr 2022 - Im Zuge der voranschreitenden Konjunkturerholung dürfte sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte 2022 normalisieren. Bund, Kantone und Sozialversicherungen dürften wieder leicht positiv abschliessen, beim Gesamtstaat ist ein Überschuss von 0,2 % des BIP zu erwarten. Die Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie dürften den Staat 2022 mit 2,7 Milliarden Franken (davon rund 96 % den Bund) belasten.

Laut den Konjunkturprognosen sollte 2022 die Beschäftigung deutlich ansteigen und die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf 2,7 % sinken. Als Folge der verminderten Arbeitslosigkeit erwartet die Eidg. Finanzstatistik, dass die Ausgaben der Sozialversicherungen weiter sinken. Die Staatsquote der Schweiz dürfte 2022 auf 32,2 % des BIP zurückgehen und damit um 0,6 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand liegen. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern wird die Staatsquote der Schweiz auch in den nächsten Jahren tief bleiben (siehe Tabelle 2).

Risiken - Die grössten Risiken für die öffentlichen Finanzen bestehen in Bezug auf den weiteren Verlauf der Pandemie. So stellt das Auftreten von neuen Corona-Virusvarianten mit veränderten Eigenschaften, bei denen die Impfstoffe nicht wirken, für die Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin ein ernsthaftes Risiko dar. Neue Einschränkungsmassnahmen würden das Wirtschaftswachstum abschwächen oder gar einbrechen lassen und die Fiskaleinnahmen vermindern. Unterstützungsmassnahmen würden die Ausgaben insbesondere in den Bereichen Soziale Sicherheit, Volkswirtschaft und Gesundheit erhöhen. Mittelfristig bestehen Risiken in Bezug auf die AHV21 Revision, da die politischen Beratungen über deren Ausgestaltung noch nicht abgeschlossen sind. Zudem birgt die globale Harmonisierung der Unternehmenssteuerreform der OECD Risiken, deren Auswirkungen im Moment noch unklar sind. Zum einen kann dies zu Mehreinnahmen aufgrund höherer Steuersätze führen, wobei gleichzeitig auch Mehrausgaben oder Steuersenkungen als Folge von Kompensationsmassnahmen auftreten können. Zum anderen könnte eine Abwanderung von

grossen internationalen Konzernen die Staatsfinanzen bedingt durch Mindereinnahmen verschlechtern. Ein klareres Bild wird sich ergeben, wenn die Details der Umsetzung der Reform in der Schweiz definiert sein werden.

2 Einleitung

Das vorliegende Dokument mit dem Titel "Öffentliche Finanzen der Schweiz" ist die Hauptpublikation der Sektion Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Diese jährliche Publikation erscheint in der Regel im Oktober und steht nur in elektronischer Form zur Verfügung. Der Beitrag der Sektion Finanzstatistik zum [Statistischen Jahrbuch der Schweiz](#) hingegen wird weiterhin gedruckt.

Da ein breites Angebot an Datentabellen der Finanzstatistik auf der [Website der EFV](#) abrufbar ist, richtet sich der Fokus in dieser Hauptpublikation auf die visuelle Datenpräsentation. Die den Grafiken zugrundeliegenden Datentabellen können mit einem Klick auf das Icon rechts oberhalb der Grafik zusätzlich im Excel-Format heruntergeladen werden.

Diese Publikation befasst sich vorrangig mit der Entwicklung der Finanzen des Staatssektors als Ganzes. Die wichtigsten Entwicklungen der Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) werden stellenweise in einigen Grafiken dargestellt und im Text erläutert.

Im Vergleich zum Kurzbericht, der Ende August 2021 erschien, präsentiert die Hauptpublikation die Entwicklung und Struktur der Einnahmen und Ausgaben nach Arten, die Struktur und Entwicklung der Ausgaben nach Funktionen sowie die Struktur und Entwicklung der Bilanz. Wie der Kurzbericht enthält sie ebenso einen internationalen Vergleich der wichtigsten Indikatoren der öffentlichen Finanzen.

Die vorliegende Publikation enthält die definitiven Zahlen der Finanzstatistik zu den öffentlichen Haushalten für das Jahr 2019 nach [nationalem](#) und [internationalem](#) Statistikstandard. Darin werden auch die ersten provisorischen Ergebnisse für das Jahr 2020 sowie Schätzungen und Prognosen der Hauptaggregate für die Jahre 2021 und 2022 präsentiert. Auf der Website der EFV sind für gewisse Aggregate auch Prognosen bis 2025 abrufbar.

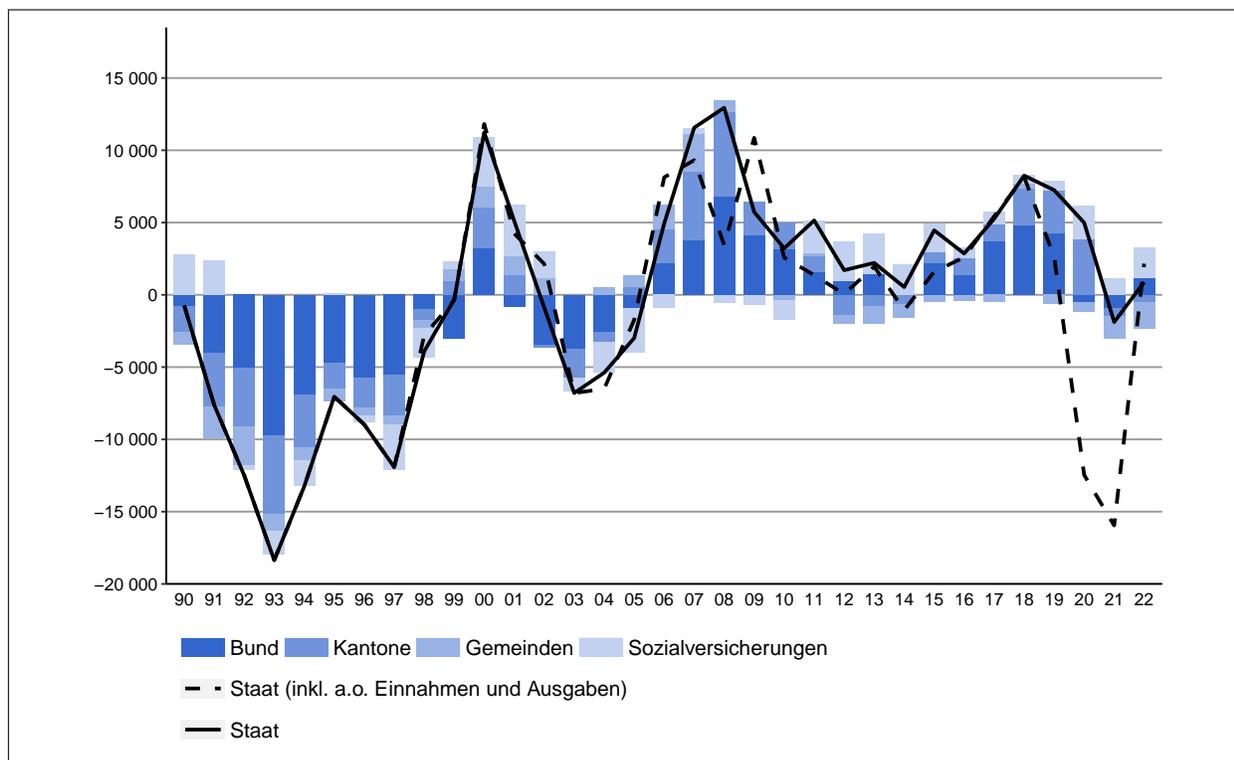
3 Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Für die Finanzstatistik aus nationaler Sicht wird die Kontenstruktur der öffentlichen Haushalte auf der Grundlage des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells der Kantone und Gemeinden (HRM2) vereinheitlicht. Diese Darstellung ermöglicht einen Vergleich zwischen den öffentlichen Haushalten der Schweiz. In diesem Kapitel werden für den Sektor Staat die wichtigsten Finanzkennzahlen (Ergebnis, Einnahmen, Ausgaben, Bilanz und Schulden) nach den nationalen Richtlinien präsentiert.

3.1 Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben

Ergebnis der Finanzierungsrechnung - Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses der öffentlichen Haushalte im Zeitraum 1990-2022. Die schwarze Kurve und die blauen Balken stellen die Entwicklung des ordentlichen Finanzierungsergebnisses dar, d.h. die Differenz zwischen den ordentlichen Einnahmen und den ordentlichen Ausgaben für den Sektor Staat und die Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen). Die gestrichelte schwarze Linie veranschaulicht die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben. Dementsprechend stellt das Finanzierungsergebnis das Gesamtergebnis der Finanzierungsrechnung der öffentlichen Haushalte dar.

Abbildung 1: Finanzierungsergebnis 1990-2022 (Mio. CHF)



In den Jahren 2014-2018 verbesserten sich sowohl das ordentliche Finanzierungsergebnis des Staates als auch das Ergebnis unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben tendenziell. Auch 2019 resultierte in der Finanzierungsrechnung der öffentlichen Haushalte ein Überschuss von 2,6 Milliarden, dieser fiel jedoch um 5,5 Milliarden Franken geringer als im Vorjahr aus. Ohne den ausserordentlichen Beitrag zur Rekapitalisierung der Pensionskasse des Kantons Genf (rund 5 Mrd.) wäre ein noch komfortableres Ergebnis zustande gekommen.

Jahre 2020 und 2021 - In den beiden Folgejahren 2020 und 2021 führt die Covid-19-Pandemie zur grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und hinterlässt tiefe Spuren in den Finanzen der öffentlichen Haushalte. 2020 kommt es aufgrund der stark steigenden Ausgaben in den Teilsektoren Bund und Sozialversicherungen und der hohen Steuerausfälle beim Bund (v.a. bei der Verrechnungssteuer) zu einem hohen Defizit in der Finanzierungsrechnung des Gesamtstaats (-12,5 Mrd.).

Angesichts der rückläufigen Fiskalerträge bei den Kantonen und Gemeinden bleibt 2021 die Belastung für die öffentlichen Haushalte weiterhin sehr hoch. Für den Gesamtstaat dürfte ein Defizit von 16 Milliarden Franken resultieren, welches grösstenteils wie 2020 mit kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Finanzintermediären und Anleihen gedeckt wird. So erwartet die Eidg. Finanzstatistik einen Bruttoschuldenanstieg um rund 11 Milliarden auf 237 Milliarden Franken.

Die Mehrausgaben in den Jahren 2020 und 2021 ergeben sich aufgrund von diversen finanzpolitischen Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie, insbesondere zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen. Hierbei handelt es sich beispielsweise um die Kurzarbeitsentschädigung (2020: 10,8 Mrd., 2021: 5 Mrd.), die Erwerbsausfallentschädigungen (2020 und 2021: je 2,2 Mrd.) und die Härtefallmassnahmen des Bundes und der Kantone (2021: 4,8 Mrd.)¹. Für den Gesamtstaat belaufen sich diese auf 16,9 Milliarden (2020) bzw. 17,6 Milliarden Franken (2021), wovon der Teilsektor Bund rund 84 % (2020) bzw. 94 % (2021) trägt. Aufgrund der automatischen Konjunkturstabilisatoren (Steuern und Arbeitslosenversicherung) und der umfangreichen Massnahmen sollten viele Wirtschaftsakteure die Krise relativ unbeschadet überstehen, auch wenn einzelne Branchen hart getroffen wurden.

Mit den Lockerungen der Corona-Einschränkungen im Frühjahr 2021 hat in der Binnenwirtschaft eine Aufholbewegung eingesetzt. Die Konjunkturerholung dürfte sich auch im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen. So erwartet die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes (Stand September 2021), dass die Unternehmen ihre Investitionen erhöhen und vermehrt Personal anstellen. Folglich dürfte die Kurzarbeit sukzessive abgebaut werden und die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Dementsprechend erwartet die Eidg. Finanzstatistik bei den Sozialversicherungen einen Ausgabenrückgang. Die Ausgaben des Gesamtstaats hingegen dürften bedingt durch steigende Ausgaben bei den Teilsektoren Bund, Kantone und Gemeinden weiter wachsen.

Jahr 2022 - Im Zuge der voranschreitenden Konjunkturerholung dürfte sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte 2022 normalisieren. Die Teilsektoren Bund, Kantone und Sozialversicherungen werden voraussichtlich einen Überschuss in der Finanzierungsrechnung aufweisen. Bei Ausgaben in der Höhe von 240 Milliarden wird für den Gesamtstaat ein positives Finanzierungsergebnis von 2,2 Milliarden Franken erwartet. Werden die ausserordentlichen Transaktionen ausgeklammert, so schmälert sich der Überschuss im ordentlichen Haushalt auf 0,9 Milliarden Franken.

¹ Gemäss Schätzung der Eidg. Finanzstatistik basierend auf bisher gesprochenen Härtefallunterstützungen (Stand 12. Oktober 2021)

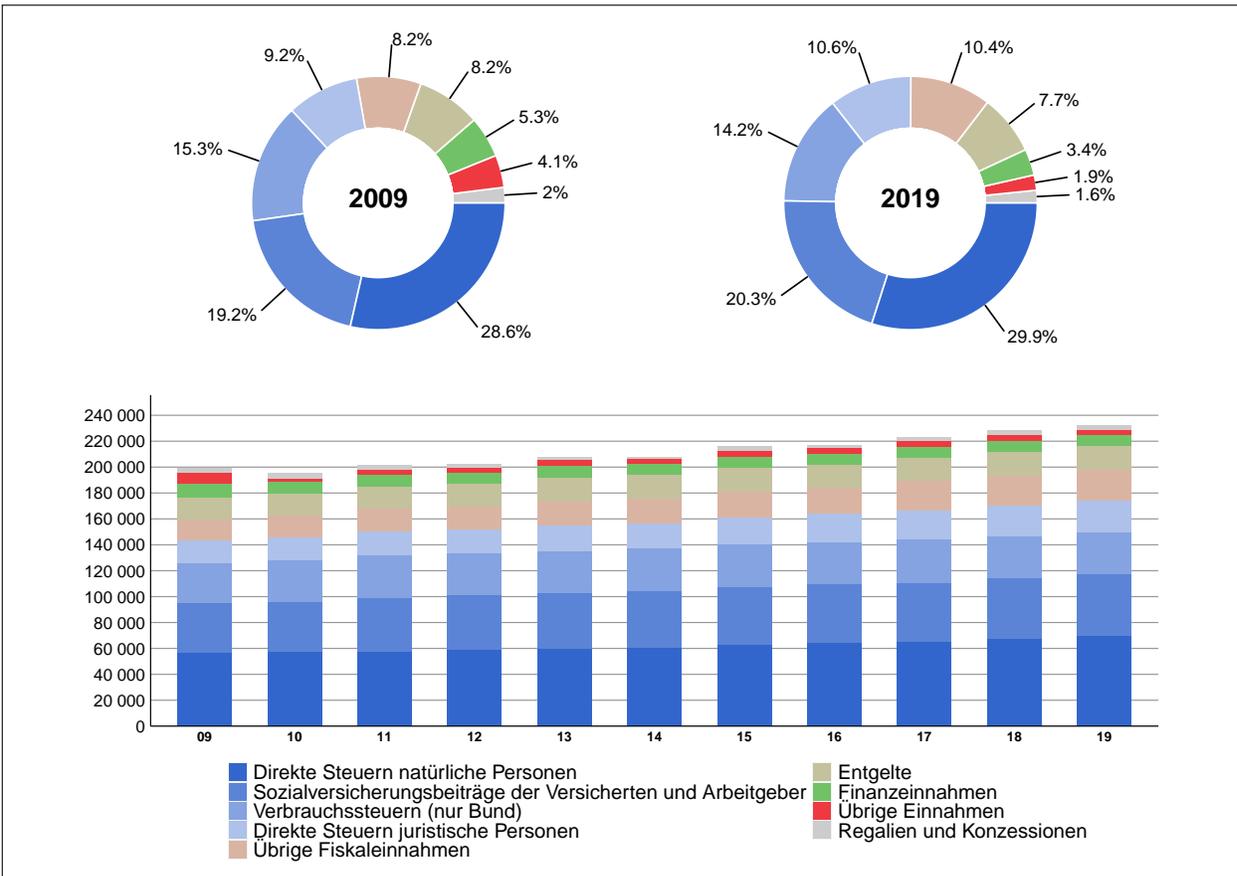
Die ausserordentlichen Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie dürften 2022 den Staat mit 2,7 Milliarden Franken (davon rund 96 % den Bund) belasten. Primär werden diese für Covid-Tests, Bürgschaftsverluste und Impfstoffe sowie zur Unterstützung der Eventbranche und des Tourismus verwendet. Den ausserordentlichen Ausgaben von rund 2,9 Milliarden stehen dem Staat ausserordentliche Einnahmen von 4,2 Milliarden Franken gegenüber. Beim Bund wird seit 2021 der Anteil an den Zusatzausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken als ausserordentliche Einnahme verbucht. Dieser Betrag steht nicht für zusätzliche Ausgaben zur Verfügung, sondern er dient dem Abbau der Corona-Schulden.

Gemäss aktueller Schätzung wird beim Teilssektor Bund in den Jahren 2022 bis 2025 infolge der erwarteten Finanzierungsüberschüsse mit einem Schuldenrückgang gerechnet. So dürften 2022 die Bruttoschulden des Bundes um 0,7 Milliarden auf 108,8 Milliarden Franken zurückgehen. Die Bruttoschulden der Kantone und Gemeinden hingegen dürften tendenziell noch weiterwachsen. Der Gesamtstaat wird voraussichtlich Ende 2022 rund 240 Milliarden Franken Bruttoschulden haben. Ein ähnliches Niveau gab es letztmals in den Jahren 2002-2005 (siehe Abbildung 7).

Risiken - Die grössten Risiken für die öffentlichen Finanzen bestehen in Bezug auf den weiteren Verlauf der Pandemie. So stellt das Auftreten von neuen Corona-Virusvarianten mit veränderten Eigenschaften, bei denen die Impfstoffe nicht wirken, für die Gesellschaft und Wirtschaft weiterhin ein ernsthaftes Risiko dar. Neue Einschränkungsmassnahmen würden das Wirtschaftswachstum abschwächen oder gar einbrechen lassen und die Fiskaleinnahmen vermindern. Unterstützungsmassnahmen würden die Ausgaben insbesondere in den Bereichen Soziale Sicherheit, Volkswirtschaft und Gesundheit erhöhen. Mittelfristig bestehen Risiken in Bezug auf die AHV21 Revision, da die politischen Beratungen über deren Ausgestaltung noch nicht abgeschlossen sind. Zudem birgt die globale Harmonisierung der Unternehmenssteuerreform der OECD Risiken, deren Auswirkungen im Moment noch unklar sind. Zum einen kann dies zu Mehreinnahmen aufgrund höherer Steuersätze führen, wobei gleichzeitig auch Mehrausgaben oder Steuersenkungen als Folge von Kompensationsmassnahmen auftreten können. Zum anderen könnte eine Abwanderung von grossen internationalen Konzernen die Staatsfinanzen bedingt durch Mindereinnahmen verschlechtern. Ein klareres Bild wird sich ergeben, wenn die Details der Umsetzung der Reform in der Schweiz definiert sein werden.

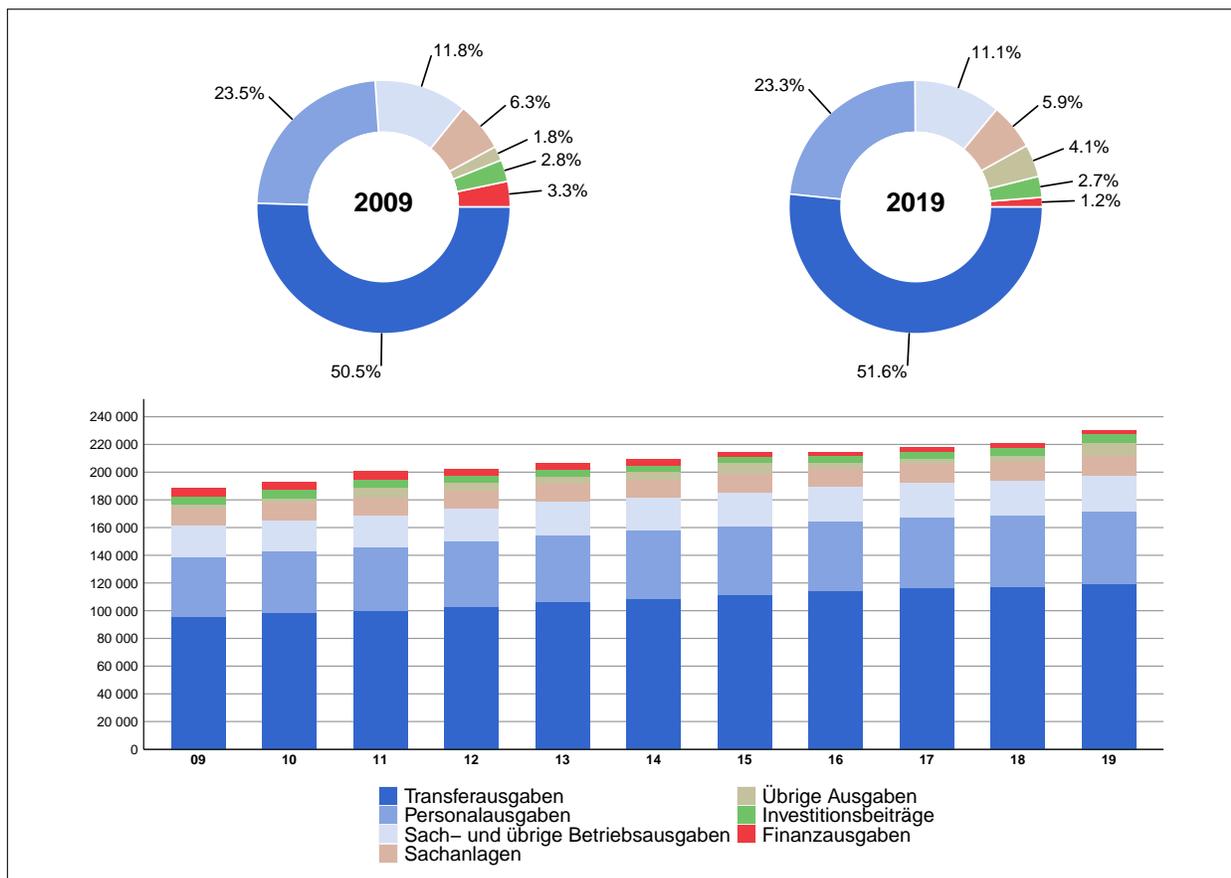
Einnahmen nach Arten - Die definitiven Zahlen der Finanzstatistik für das Jahr 2019 geben Aufschluss über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung und die Struktur der Einnahmen des Staatssektors gemäss Artengliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2). Seit 2009 stiegen die Staatseinnahmen um 33,3 Milliarden Franken, was einem Wachstum von 16,7 % entspricht. Wie der Abbildung 2 zu entnehmen ist, blieb die Finanzierungsstruktur des Staatssektors im Zeitraum 2009–2019 sehr stabil. Die Steuern als die wichtigste Finanzierungsquelle des Staates machten 2019 einen Anteil von 85,4 % an den Gesamteinnahmen aus. Von den Gesamteinnahmen in der Höhe von 232,4 Milliarden stammten rund 198 Milliarden Franken aus den verschiedenen Steuerarten. Die Einnahmen aus den direkten Steuern der natürlichen Personen beliefen sich 2019 auf 69,6 Milliarden und ihr Anteil an den Gesamteinnahmen betrug rund 30 %. An zweiter Stelle stehen die Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber, die im Jahr 2019 47,2 Milliarden Franken bzw. 20,3 % der Gesamteinnahmen generierten. Auf die beiden genannten Haupteinnahmekategorien entfällt seit 2010 rund die Hälfte der Einnahmen des Staatssektors. Dies dürfte auch in den nächsten Jahren so bleiben.

Abbildung 2: Einnahmen nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)



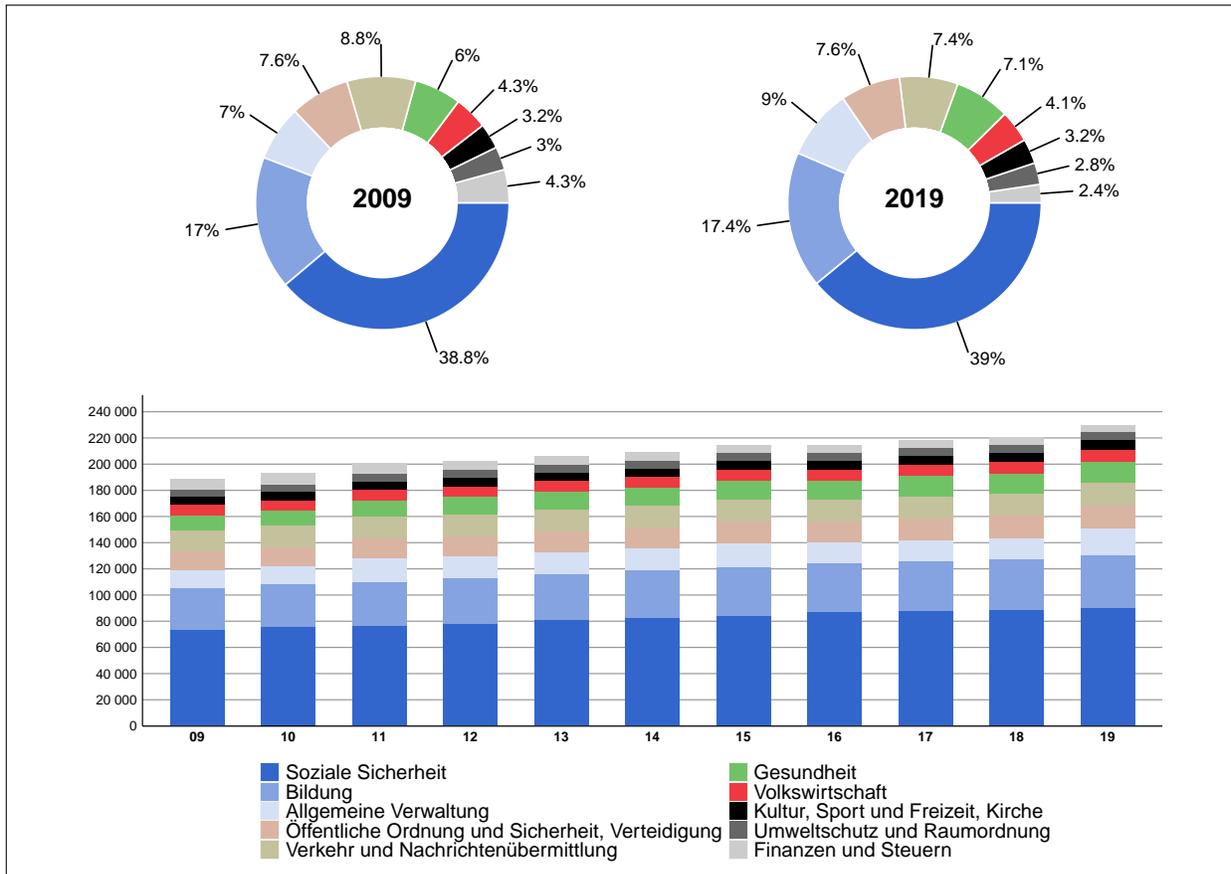
Ausgaben nach Arten - Die Struktur der Ausgaben nach Arten scheint volatiler zu sein als diejenige der Einnahmen, wie der Abbildung 3 zu entnehmen ist. Der Anteil der ordentlichen Transferausgaben am Ausgabentotal stieg von 50,5 % im Jahr 2009 auf 51,6 % im Jahr 2019. Über einen Zeitraum von 10 Jahren entspricht dies einer Zunahme um 23,6 Milliarden Franken. Umgekehrt sank der Anteil der Finanzausgaben am Total zwischen 2009 und 2019 von 3,3 % auf 1,2 %. Dieser Rückgang entspricht einem Betrag von 3,3 Milliarden Franken über einen Zeitraum von 10 Jahren. Er erklärt sich unter anderem durch anhaltend rückläufige Zinssätze und dem in dieser Zeit erfolgten Schuldenabbau. Der Anteil der Personal- und Sachausgaben an den Gesamtausgaben schliesslich blieb seit 2009 sehr stabil, wie aus der Abbildung 3 hervorgeht. Diese Zahlen zeigen tendenziell, dass ein Teil der Mittel, die durch den Rückgang der Finanzausgaben und den übrigen Ausgabenrubriken des Staatssektors freigeworden sind, via Transferausgaben vorwiegend den anderen Wirtschaftssektoren (Unternehmen, Haushalte) zugeflossen ist. Die zum Zeitpunkt der Berichterstellung verfügbaren Daten und Informationen deuten darauf hin, dass der Transferanteil an den gesamten Staatsausgaben in den Jahren 2020 bis 2022 weiterwachsen wird. Namentlich die wegen der Corona-Krise ergriffenen Massnahmen bestehen im Wesentlichen aus Transferausgaben zugunsten von krisenbetroffenen Unternehmen, Arbeitnehmenden und Selbstständigerwerbenden.

Abbildung 3: Ausgaben nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)



In Abbildung 4 sind die Entwicklung und die Struktur der Ausgaben des Staatssektors gemäss funktionaler Gliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) dargestellt. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2019 auf 229,8 Milliarden, was einer Zunahme um 41,5 Milliarden Franken gegenüber 2009 entspricht (+22 %). Auf die beiden Bereiche soziale Sicherheit und Bildung entfallen über 50 % der Ausgaben des Gesamtstaats. 2019 betrug die Ausgaben des Staatssektors für die soziale Sicherheit 89,7 Milliarden Franken oder 39 % der Gesamtausgaben. Seit 2009 wuchsen die Ausgaben für die soziale Sicherheit um 16,6 Milliarden Franken. Dieser Anstieg kam hauptsächlich durch die Erhöhung der Ausgaben an die Alters- und Hinterlassenenversicherung zustande. So stiegen die Mittel für "Alter + Hinterlassene" seit 2009 um 10,2 auf 49,4 Milliarden Franken. Auch die Ausgaben für "Sozialhilfe und Asylwesen" wuchsen gegenüber 2009 um 2,7 Milliarden Franken. Im gleichen Zeitraum nahmen die Ausgaben in den beiden Funktionsgruppen "Invalidität" sowie "Krankheit und Unfall" um 3 Milliarden Franken zu. In den Jahren 2020 und 2021 dürfte der Anteil der sozialen Sicherheit an den Gesamtausgaben deutlich ansteigen, dies insbesondere als Folge der Wirtschafts- und Gesundheitskrise sowie der Umsetzung der STAF (Erhöhung des Finanzierungsanteils für die AHV im Rahmen der letzten Unternehmenssteuerreform). Die Bildung stellt in der funktionalen Gliederung den zweitgrössten Ausgabenbereich dar. 2019 gab der Staat rund 40 Milliarden Franken für die Bildung aus, was 17,4 % der Gesamtausgaben entspricht. Die Bildungsausgaben stiegen seit 2009 um 8 Milliarden Franken. Die höchsten Zunahmen im 10-Jahresvergleich verzeichneten dabei die Rubriken "obligatorische Schule" (+3,7 Mrd.), "Hochschulen" (+1,9 Mrd.) und "Forschung" (+1,5 Mrd.).

Abbildung 4: Ausgaben nach Funktionen (in Mio. CHF und Anteile am Total)

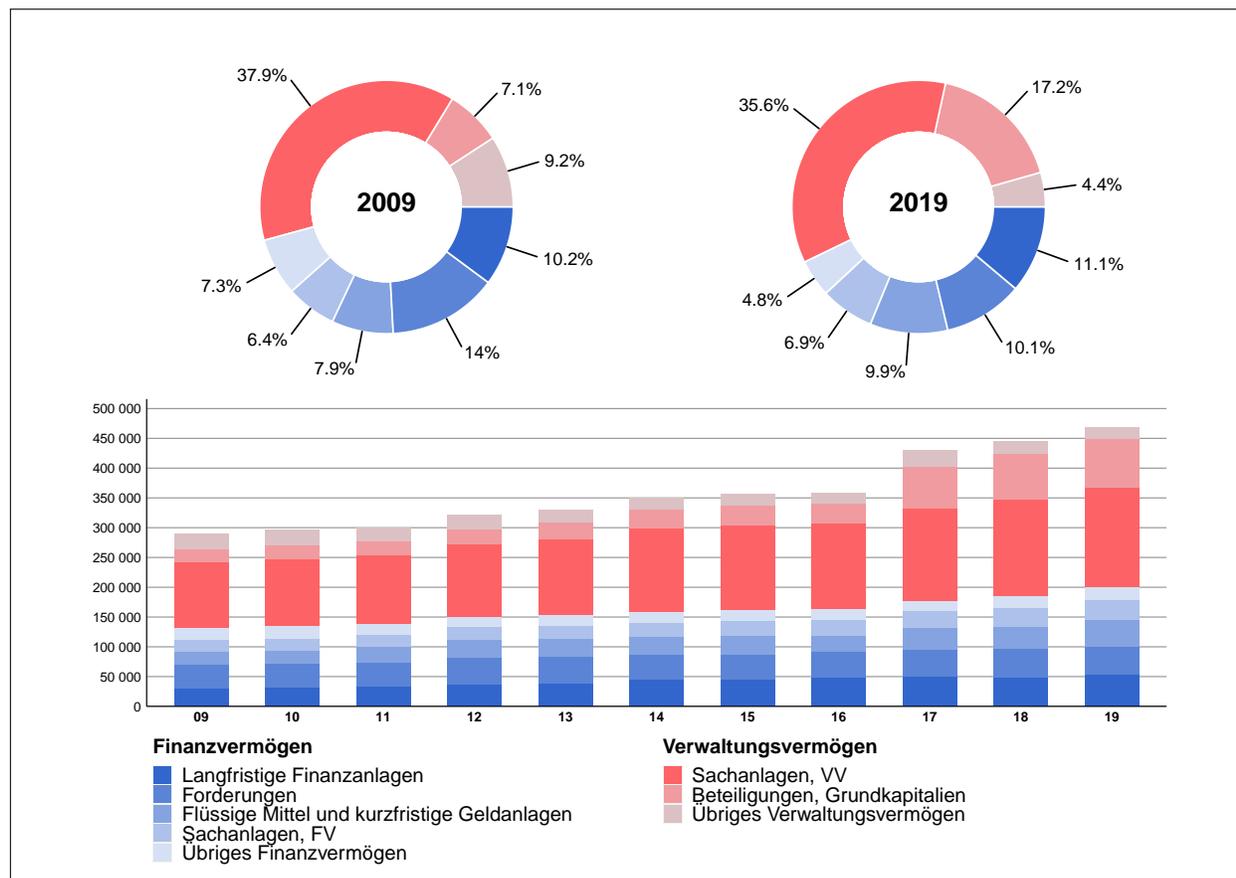


3.2 Bilanz und Verschuldung

Der [Unterabschnitt zu Bilanz und Verschuldung](#) befasst sich mit der Entwicklung und Struktur der Bilanz des Staatssektors seit 2009. Zudem behandelt er auch die Entwicklung der Bruttoschulden im gleichen Zeitraum.

Aktiven - Ende 2019 beliefen sich die Aktiven der Staatsbilanz auf insgesamt 469,1 Milliarden Franken, 23,5 Milliarden (5,3 %) mehr als Ende 2018. Im 10-Jahresvergleich nahm die Bilanzsumme um 179,3 Milliarden Franken zu. Dieser starke Anstieg lässt sich zu einem grossen Teil den Aufwertungen der Aktiven durch die Kantone und Gemeinden beim Übergang zum neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) zuschreiben. Allein der Wert an Sachanlagen erhöhte sich seit Ende 2009 um 56,9 Milliarden Franken und machte 2019 35,6 % der Gesamtbilanz aus. Mit einem Mehrbetrag von 60 Milliarden Franken gegenüber 2009 wuchs auch die Rubrik "Beteiligungen und Grundkapitalien" stark. So erhöhte sich ihr Anteil am Total der Aktiven zwischen 2009 und 2019 von 7,1 % auf 17,2 %. Was das Finanzvermögen betrifft, nahm der Bestand an flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen gegenüber 2009 um 23,7 Milliarden Franken zu. Auch die langfristigen Finanzanlagen verzeichneten seit 2009 einen starken Anstieg (+22,9 Mrd.).

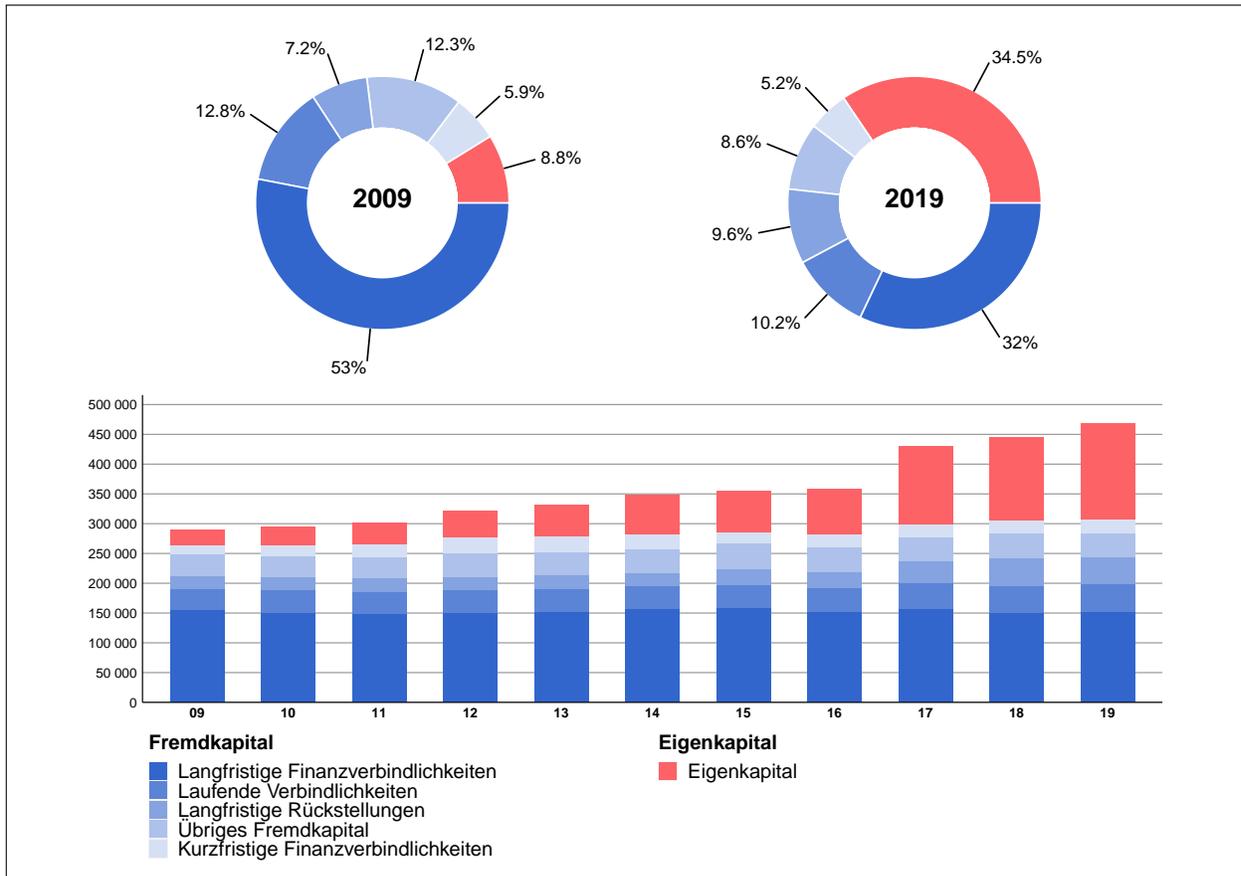
Abbildung 5: Aktiven nach FS (in Mio. CHF und Anteile am Total)



Passiven - Gemäss den definitiven Zahlen der Finanzstatistik betrug das Fremdkapital des Staatssektors Ende 2019 307,5 Milliarden Franken. Im Vorjahresvergleich nahm es um 1,2 Milliarden (+0,4 %) und im 10-Jahresvergleich um 43,2 Milliarden Franken (+16,3 %) zu. Für diese Entwicklung war in erster Linie die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen verantwortlich, die um 23,9 Milliarden Franken (+113,8 %) über dem Wert von Ende 2009 lagen. Der Anstieg der langfristigen Rückstellungen war im Wesentlichen dem Teilsektor Bund zuzuschreiben, dessen Rückstellungen für zukünftige Rückerstattungsforderungen stark wuchsen. Die laufenden Verbindlichkeiten sowie die passiven Rechnungsabgrenzungen stiegen im 10-Jahresvergleich ebenfalls deutlich an, um 10,7 bzw. 8,4 Milliarden Franken. Hingegen sanken die langfristigen Finanzverbindlichkeiten gegenüber Ende 2009 um 3,4 Milliarden Franken. Dieser Rückgang ergab sich aus stark verminderten langfristigen Finanzverbindlichkeiten beim Bund (-21,3 Mrd.) und gleichzeitig erhöhten langfristigen Finanzverbindlichkeiten auf Kantons- und Gemeindeebene (+14 Mrd. bzw. 4 Mrd.). Der starke Eigenkapitalanstieg beim Gesamtstaat schliesslich kam aufgrund der guten Ergebnisse und aufgrund von Anpassungen mit dem Wechsel auf HRM2 zustande. Gegenüber 2009 nahm das Eigenkapital um 136,1 Milliarden Franken zu.

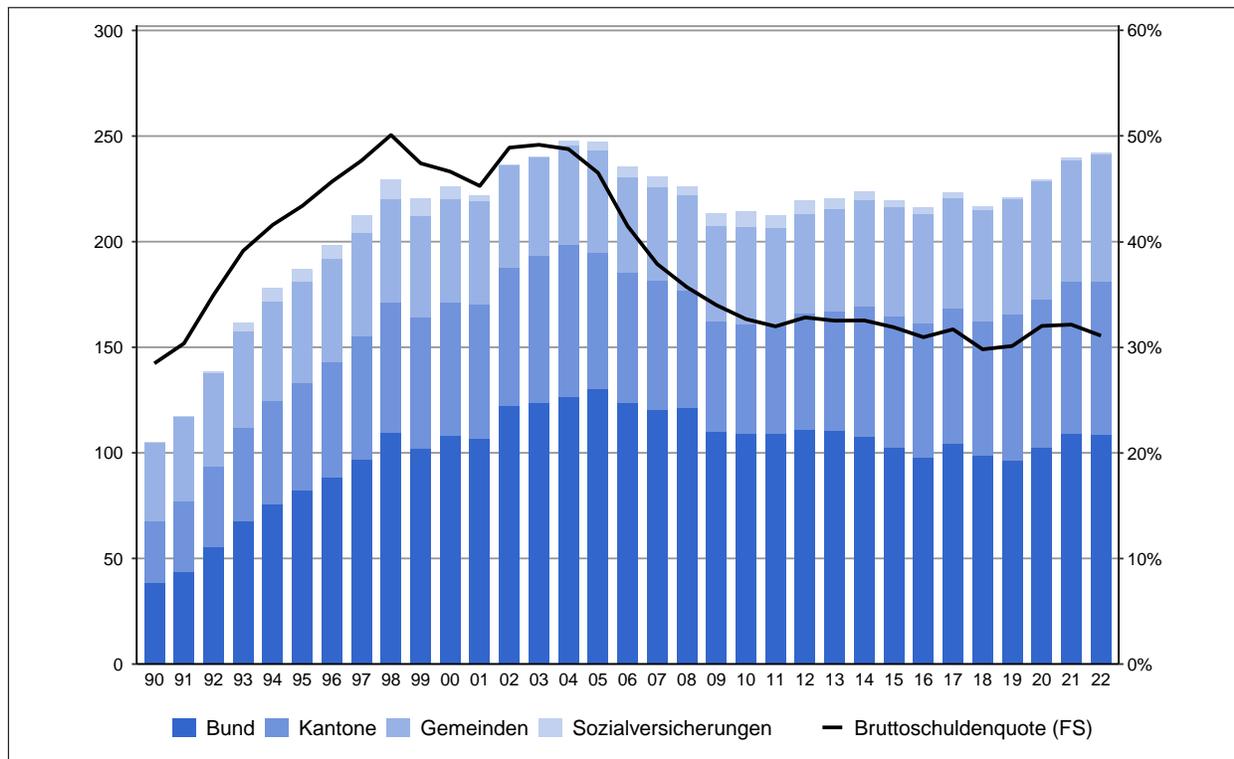
Die Entwicklung der verschiedenen Passivpositionen zeigt sich in der Abbildung 6. Der Anteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sank seit 2009 um 21 Prozentpunkte auf 32 % der gesamten Passiven. Dafür erhöhte sich in diesem Zeitraum der Eigenkapitalanteil um 25,6 Prozentpunkte auf 34,5 %.

Abbildung 6: Passiven nach FS (in Mio. CHF und Anteile am Total)



Bruttoschulden - Die Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten nach Abzug des bilanzierten Wertes der kurz- und langfristigen derivativen Finanzinstrumente sowie des Bilanzwertes der passivierten Investitionsbeiträge entspricht den Bruttoschulden nach den nationalen Richtlinien (FS Modell). Abbildung 7 veranschaulicht die Entwicklung der nominalen Bruttoschulden seit 1990 für den Staatssektor und die vier Teilsektoren (blaue Balken) sowie die Entwicklung der Bruttoschulden in Prozent des nominalen BIP für den Staatssektor (schwarze Kurve). Die nominalen Bruttoschulden stiegen Anfang der Neunzigerjahre in hohem Tempo und erreichten 2004 mit 245,9 Milliarden Franken einen Höchstwert. 2004 begannen die Bruttoschulden nominal und in Prozent des BIP dank einer günstigen Wirtschaftslage, der Einführung der Schuldenbremse beim Bund sowie den Fiskalregeln bei den Kantonen und Gemeinden zu sinken. Dieser Trend hielt bis 2011 an und verlangsamte sich dann deutlich. Zwischen 2012 und 2019 stabilisierten sich die Bruttoschulden bei 213 bis 220 Milliarden Franken. Gemäss aktueller Schätzung steigen die Bruttoschulden des Staatssektors im Jahr 2021 auf 237,2 Milliarden Franken (+11,1 Mrd.). Der Finanzierungsbedarf der umfangreichen Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie wird vor allem durch Verbindlichkeiten gegenüber Finanzintermediären und Anleihen gedeckt, die eine kurze Laufzeit haben und deshalb flexibel eingesetzt werden können. 2022 wird für den Sektor Staat ein leichter Bruttoschuldenanstieg erwartet, dies insbesondere im Teilsektor Gemeinden. Beim Bund und bei den Sozialversicherungen hingegen dürfte mit einem leicht positiven Finanzierungsergebnis und somit mit einem Schuldenabbau zu rechnen sein.

Abbildung 7: Bruttoschulden nach FS (in Mrd. CHF (linke Skala) und in % nominelles BIP (rechte Skala))



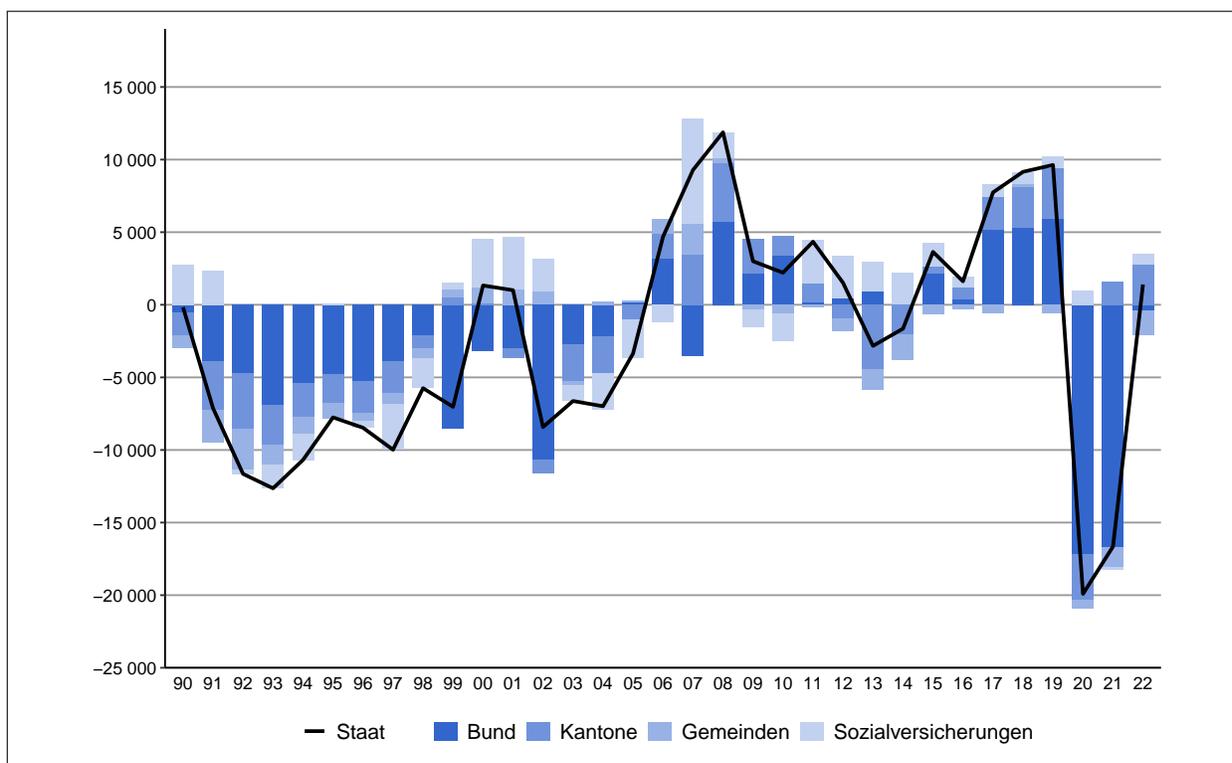
4 Öffentliche Finanzen der Schweiz nach internationalen Richtlinien (GFS)

Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit werden die Finanzen der öffentlichen Haushalte auch nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht. Im [Kapitel zu den internationalen Richtlinien](#) werden die Hauptaggregate (Finanzierungssaldo, Einnahmen, Ausgaben, Vermögensrechnung und Verschuldung) für den Staatssektor nach diesen internationalen Richtlinien präsentiert. Das Kapitel enthält auch einen [internationalen Vergleich der wichtigsten Finanzkennzahlen](#).

4.1 Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben

Finanzierungssaldo - Abbildung 8 veranschaulicht den Saldo der Finanzierungsrechnung für den Zeitraum 1990 bis 2022 nach den Richtlinien des IWF. Die schwarze Kurve sowie die blauen Balken illustrieren den Gesamtsaldo der Finanzierungsrechnung der öffentlichen Haushalte, d. h. die Differenz zwischen den Gesamteinnahmen und -ausgaben des Staatssektors sowie der Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen). Seit 1990 hat sich der Finanzierungssaldo nach GFS-Methodik sehr ähnlich wie das Finanzierungsergebnis nach FS-Methodik entwickelt (siehe gestrichelte Linie der Abbildung 1).

Abbildung 8: Finanzierungssaldo (in Mio. CHF)



Ein bedeutender Unterschied im Jahr 2020 ist die Entnahme aus Rückstellungen für die Verrechnungssteuer von 1,9 Milliarden Franken, welche im FS-Modell als Einnahmen enthalten sind, im GFS-Modell hingegen nicht. Entsprechend sind im GFS-Modell die Einnahmen tiefer und das Defizit grösser. An dieser Stelle sei vermerkt, dass im GFS-Modell Rückstellungen und deren Transaktionen grundsätzlich nicht berücksichtigt sind.² Aufgrund der ähnlichen Verläufe, gelten die Erklärungen und Kommentare vom [Unterabschnitt zu Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben](#) auch für das GFS-Modell.

Einnahmen und Ausgaben - Zu den Zielen der internationalen Richtlinien des IWF gehört der Einbezug des Staatssektors in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR). Damit ist die Kompatibilität der Finanzkennzahlen nach den GFS-Richtlinien mit den Kennzahlen der VGR gewährleistet. Anhand dieser Kennzahlen kann das Gewicht des Staatssektors in der Wirtschaft gemessen werden.

Einnahmenquote und Fiskalquote - Die Einnahmenquote und die Fiskalquote messen den zur Finanzierung der staatlichen Tätigkeit (einschliesslich Transfer an andere Wirtschaftssektoren) verwendeten Wertschöpfungsanteil. Die Einnahmenquote, die den Gesamteinnahmen im Verhältnis zum nominalen BIP entspricht, und die Fiskalquote, die für die Fiskaleinnahmen des Staatssektors (Steuern und Beiträge an die Sozialversicherungen) im Verhältnis zum nominalen BIP steht, entwickeln sich seit 1990 ähnlich. Dies deutet darauf hin, dass der Anteil der nichtfiskalischen Einnahmen stabil geblieben ist und die Einnahmendynamik im Wesentlichen von der Entwicklung der Steuereinnahmen bestimmt wird. Die Fiskalquote stieg ab den 90er-Jahren schnell an. Nach den Zwischenhochs in den Jahren 2000 und 2002 (bei 27 %), stabilisierte sie sich zwischen 2003 und 2014 bei rund 26 % des BIP. Ab 2015 stieg sie erneut und lag in den Jahren 2017 und 2019 bei 27,4 % bzw. 27,3 % des BIP. 2018 sank die Fiskalquote zwischenzeitlich um 0,5 Prozentpunkte. Die Gesundheits- und Wirtschaftskrise im Zuge der Covid-19-Pandemie lässt die Fiskalquote 2020 um 0,4 Prozentpunkte auf 27,7 % ansteigen und den höchsten Stand im abgebildeten Zeitraum erreichen. Diese Erhöhung erklärt sich dadurch, dass das BIP stärker zurückgeht als die Fiskaleinnahmen, die namentlich auf Kantons- und Gemeindeebene grundsätzlich mit einer gewissen Verzögerung auf Konjunkturschwankungen reagieren. Gemäss den provisorischen Zahlen und Prognosen der Finanzstatistik dürfte die Fiskalquote 2021 als Folge der überdurchschnittlich wachsenden Wirtschaftsleistung auf 26,9 % auf einen gleichen Stand wie im 2018 sinken. Auch für die darauffolgenden Jahre (bis 2025) ist von einer weiter sinkenden Fiskalquote auszugehen.

Staatsquote - Die Staatsquote misst die vom Staat im Rahmen seiner Tätigkeit (einschliesslich der Transfers an die anderen Wirtschaftssektoren) verbrauchten Ressourcen in Prozent des nominalen BIP. Die Staatsquote stieg in den 90er-Jahren stark von 27,6 % im Jahr 1990 auf 34 % im Jahr 2002. Als Folge der sehr günstigen Wirtschaftslage zwischen 2004 und 2008 sank die Staatsquote anschliessend stark und lag Ende 2008 bei 29,8 %. Von 2009 bis 2017, war die Wachstumsrate der Staatsausgaben leicht höher als jene des BIP und infolge dessen erhöhte sich die Staatsquote auf 32 %. In der Folge sank die Staatsquote geringfügig um 0,7 Prozentpunkte auf 31,3 % im Jahr 2018.

Die Massnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie und die tiefe Wirtschaftsleistung lassen die Staatsquote 2020 auf einen neuen Rekordwert (36,5 %) ansteigen. Mit rund 5 Prozentpunkten ist dies die höchste jährliche Zunahme im dargestellten Zeitraum (ab 1990). Für 2021 wird erwartet, dass die Staatsquote um 1,3 Prozentpunkte auf 35,2 % fällt. Damit wird sie wegen steigenden Ausgaben, u.a. bedingt durch weitere Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie, noch nicht zum Vorkrisenstand

² im GFS-Modell berücksichtigt sind einzig: Rückstellungen für Militärversicherung, für Vorsorgeverpflichtungen, für langfristige Ansprüche und Mehrleistungen des Personals sowie für den Münzumsatz

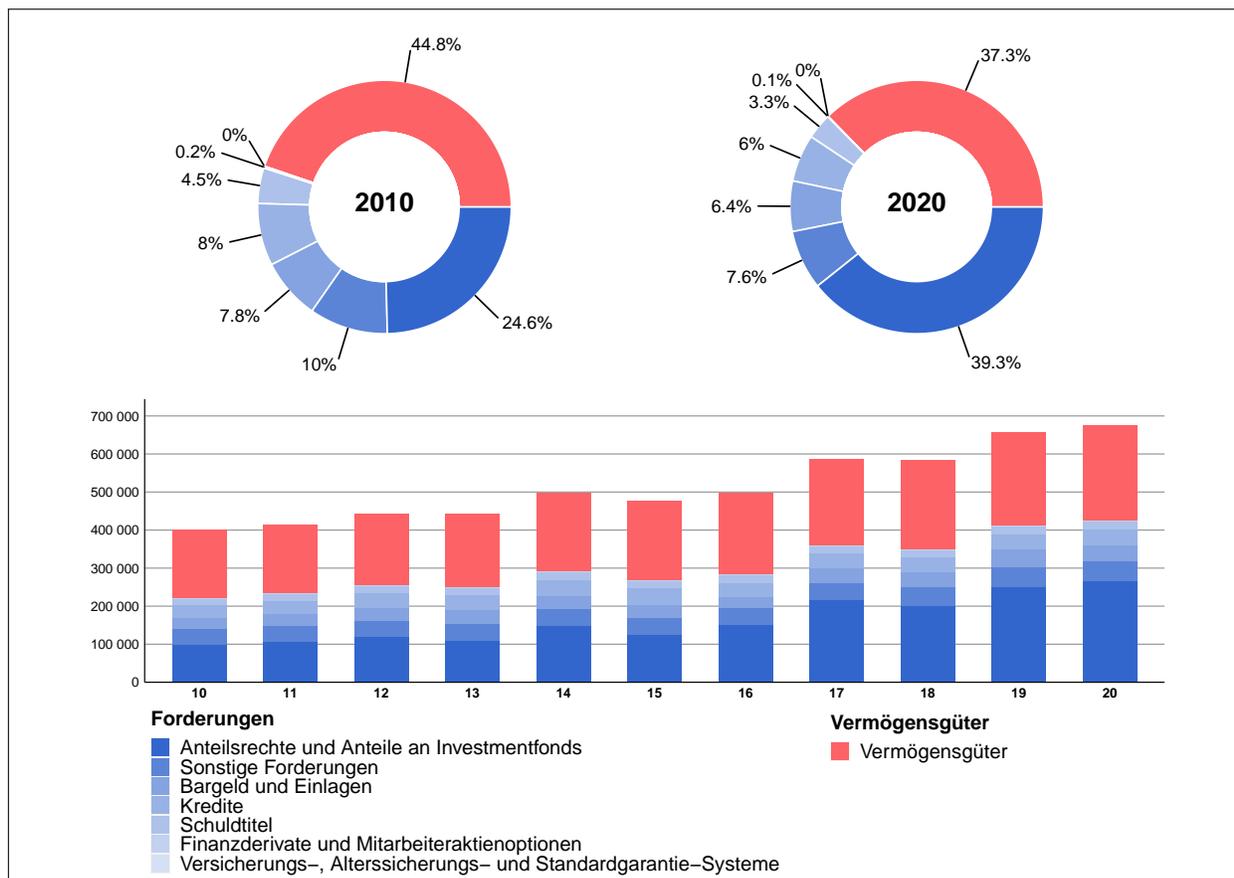
zurückkehren. Die Wirtschaftsleistung dürfte hingegen 2021 über dem Vorkrisenstand sein. Auch für 2022 wird ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum (von rund +4,5 %) erwartet. Die Staatsquote dürfte weiter zurückgehen und 32,2 % des BIP betragen.

4.2 Vermögensrechnung und Verschuldung

Die Finanzierung der Corona-Massnahmen hinterlässt auch Spuren in der Bilanz: Zur Deckung des hohen Finanzierungsbedarfs wurden 2020 flüssige Mittel abgebaut und die Finanzverbindlichkeiten erhöht. Gemäss den provisorischen Zahlen der Finanzstatistik erreicht die nach den internationalen Richtlinien präsentierte Bilanz ein Total von 677 Milliarden Franken. Gegenüber dem Vorjahreswert stieg die Bilanzsumme um 20,9 Milliarden (+3,2 %) und im 10-Jahresvergleich um 277,1 Milliarden Franken (+69,3 %). Nach den GFS-Richtlinien werden die Vermögenspositionen nach Finanzinstrumenten gegliedert und möglichst zu ihrem Marktwert bewertet. Die GFS- bzw. die FS-Richtlinien wenden somit ein unterschiedliches Konzept der Vermögensrechnung bzw. Bilanz an.

Aktiven - Die Aktiven setzen sich aus Vermögensgütern und Forderungen zusammen, die Forderungen sind gegliedert nach Finanzinstrumenten. Seit 2008 nahmen die Vermögensgüter um 41,1 % und die Forderungen um 92,2 % zu. Bei den Forderungen sticht die Entwicklung des Werts der Rubrik "Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds" besonders ins Auge. In dieser Rubrik sind Anteilsrechte an Unternehmen (z.B. SBB, RUAG und Post), die der Aufgabenerfüllung des öffentlichen Haushalts dienen, verbucht. Nennenswert sind auch die Anteilsrechte des Bundes und der Kantone am Eigenkapital der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Der Anspruch des Bundes am Eigenkapital der SNB beträgt ein Drittel, jener der Kantone zwei Drittel. Der Wert dieser Art von Finanzinstrumenten kletterte gegenüber 2010 um rund 167 Milliarden (+169,9 %) auf 265,8 Milliarden Franken Ende 2020 empor. Der Anteil dieses Instruments an der Bilanzsumme erhöhte sich derweil von 24,6 % (2010) auf 39,3 % (2020). Dieses starke Wachstum erklärt sich dadurch, dass Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds zu ihrem Marktwert erfasst werden. Ihre Entwicklung widerspiegelt dementsprechend die Performance der Finanzmärkte über den abgebildeten Zeitraum. Die Entwicklung der Finanzmärkte erklärt auch die starke Volatilität der Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds. Nach einem Rückgang um 16,5 Milliarden zwischen 2017 und 2018 stieg 2019 der Wert der Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds um 51,8 Milliarden Franken, dies aufgrund von Wertzunahmen auf den Finanzmärkten. Der Wert der übrigen Kategorien von Finanzinstrumenten unter den bilanzierten Aktiven wuchs im Vergleich zu den Anteilsrechten und Anteilen an Investmentfonds deutlich weniger stark. Ihr Anteil an der Bilanzsumme sank seit 2010 entsprechend, wie es der Abbildung 9 zu entnehmen ist.

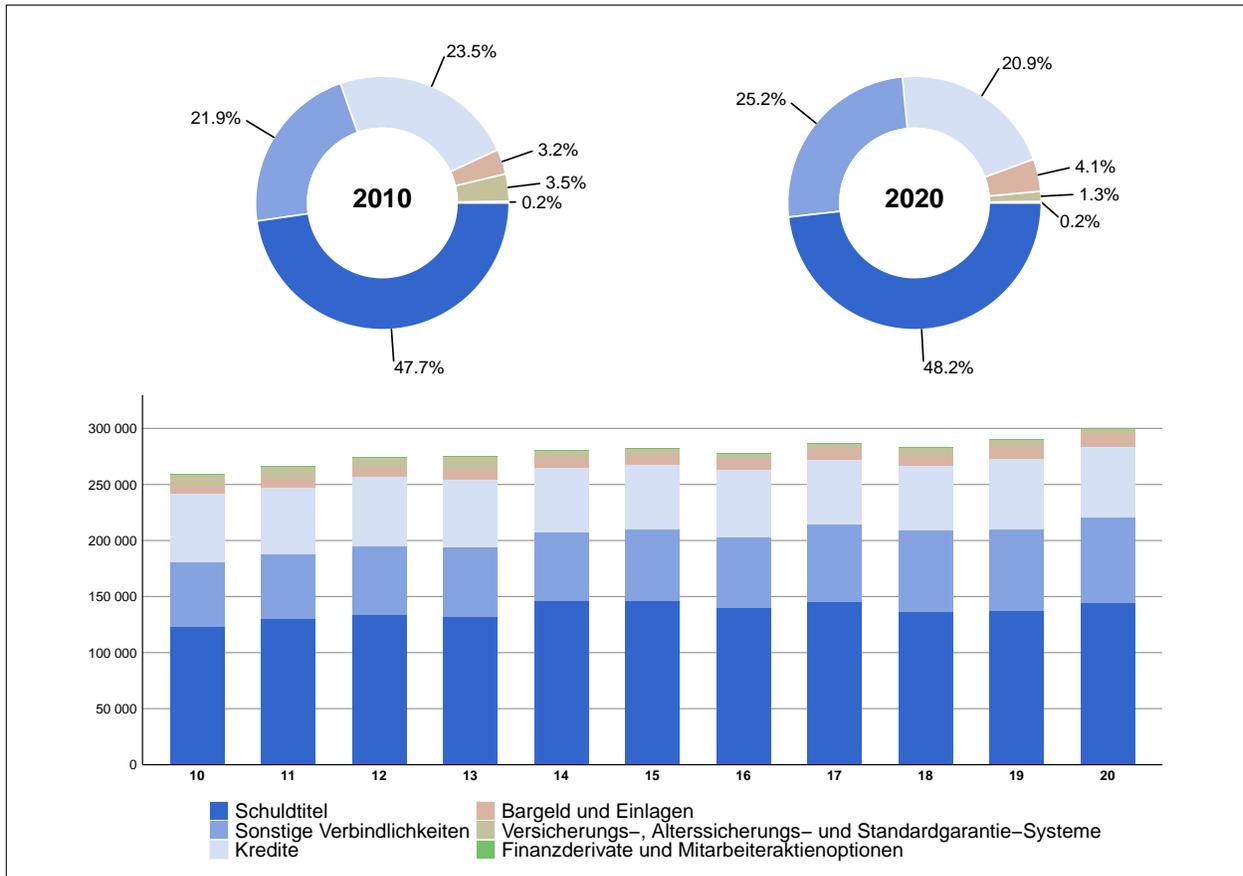
Abbildung 9: Aktiven nach GFS (in Mio. CHF und Anteile am Total)



Passiven - Zu den Passiven zählen die Verbindlichkeiten und das Reinvermögen. Abbildung 10 veranschaulicht die Struktur der bilanzierten Verbindlichkeiten des Staates sowie ihre zeitliche Entwicklung. Ende 2020 erreichen die Verbindlichkeiten gestützt auf die provisorischen Zahlen der Finanzstatistik insgesamt 299,8 Milliarden Franken. Mit einem Anteil von 48,2 % am Total der Verbindlichkeiten sind die Schuldtitel die wichtigsten Instrumente. Ihr Anteil am Total blieb im abgebildeten Zeitraum relativ konstant, gegenüber 2010 erhöhte sich dieser um 0,5 Prozentpunkte. Der Anteil der sonstigen Verbindlichkeiten vergrösserte sich derweil zwischen 2010 und 2020 um 3,3 Prozentpunkte. Die Erhöhung um 18,9 Milliarden Franken ergibt sich primär aus den passiven Rechnungsabgrenzungen für Steuern.

Die Bruttoverschuldung nach den internationalen GFS-Richtlinien ergibt sich aus der Summe der bilanzierten Passiven abzüglich der Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen. Wird sie ins Verhältnis zum nominalen BIP gesetzt, entspricht sie der Fremdkapitalquote.

Abbildung 10: Passiven nach GFS (in Mio. CHF und Anteile am Total)



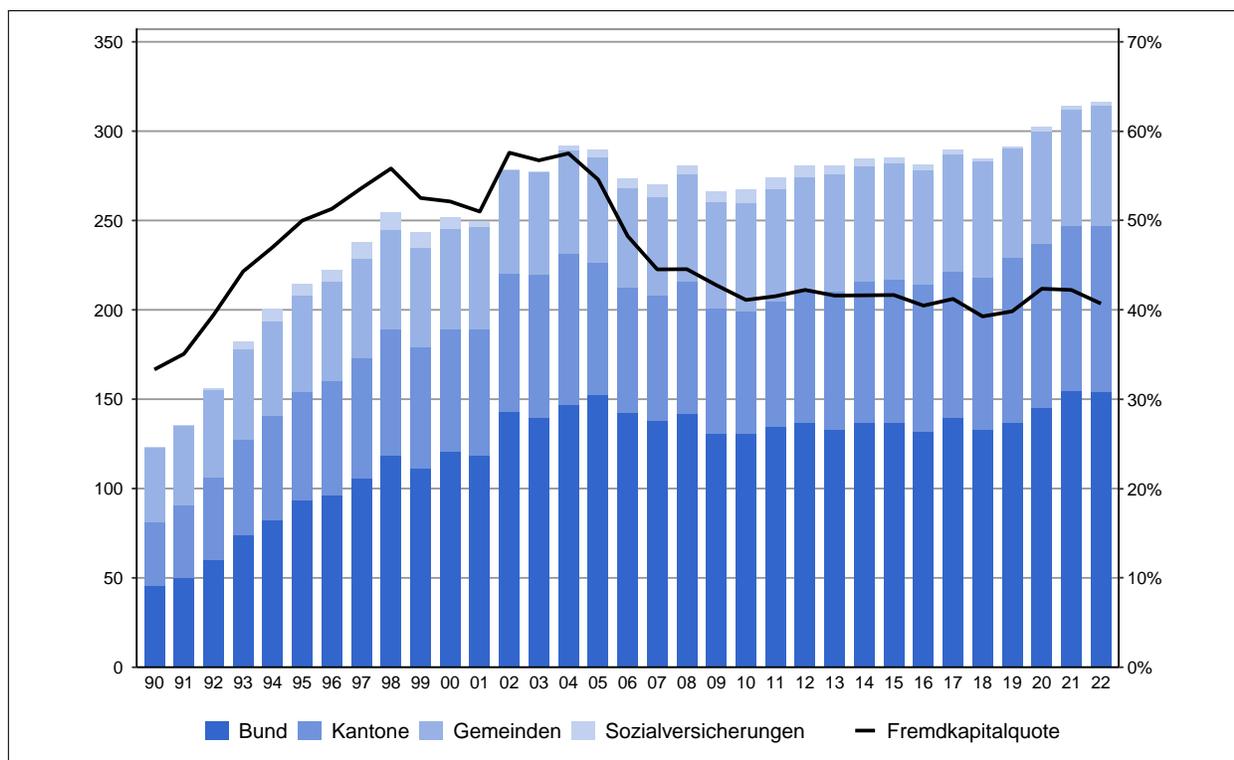
Fremdkapitalquote - Abbildung 11 zeigt die Entwicklung der Fremdkapitalquote sowie des Fremdkapitals in Milliarden Franken. Das Fremdkapital misst die Bruttoschulden des Staatssektors nach den Richtlinien des IWF. Gestützt auf die provisorischen Zahlen der Finanzstatistik liegt die Fremdkapitalquote 2020 rund 10 Prozentpunkte über der FS-Bruttoschuldenquote. Obwohl diese Differenz mit der Zeit tendenziell grösser wird und die Volatilität der Fremdkapitalquote zunimmt, entwickeln sich beide Schuldenverläufe seit 1990 ähnlich (siehe Abbildung 7).

Ende 2019 belief sich das Fremdkapital auf 289,7 Milliarden Franken oder 39,8 % des BIP. 2020 steigt das Fremdkapital aufgrund der Corona-Krise um 9,5 Milliarden auf rund 299 Milliarden Franken (42,4 % des BIP), da ein Teil des hohen Defizits im Staatssektor mit Fremdkapital finanziert ist. Allein der Teilsektor Bund verzeichnet einen Fremdkapitalanstieg um 8,7 Milliarden Franken. Bei leicht rückläufigen Krediten ist der Anstieg hauptsächlich der Kategorie Bargeld und Einlagen (+1,7 Mrd.) sowie den Schuldtiteln (+7,3 Mrd.) zuzuschreiben, insbesondere den Geldmarktbuchforderungen. Ende 2020 beträgt das nominale Volumen der Geldmarktbuchforderungen des Bundes rund 13 Milliarden Franken (+6,2 Mrd. gegenüber dem Vorjahr).

Auch 2021 dürfte sich das Fremdkapital des Staatssektors deutlich erhöhen, um die beschlossenen Massnahmen (u.a. Härtefallprogramm) zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu finanzieren. So dürfte das Defizit vor allem mit Fremdkapital gedeckt werden. Die Fremdkapitalquote dürfte dennoch leicht zurückgehen, da nach dem massiven Konjunkturereinbruch 2020 ein Aufholeffekt erwartet

wird. So dürfte gemäss Konjunkturprognose der Expertengruppe des Bundes vom 16. September 2021 die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2021 und 2022 um rund 4,5 % nominal wachsen. 2022 dürfte das Fremdkapital für den Gesamtstaat (insb. auf Gemeindeebene) nominal nochmals steigen, im Verhältnis zum BIP jedoch sinken.

Abbildung 11: Fremdkapital (Mrd. CHF (Skala links) und in Prozent des nominalen BIP (Skala rechts))



4.3 Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich

Da die Statistik der öffentlichen Finanzen der Schweiz nach den internationalen Richtlinien dargestellt wird, lässt sie sich mit der Statistik der öffentlichen Finanzen anderer Staaten vergleichen. [In diesem Unterabschnitt](#) wird für eine Auswahl von Ländern oder Ländergruppen ein internationaler Vergleich der wichtigsten Finanzkennzahlen durchgeführt. Dazu gehören die Defizit-/Überschussquote, die Fremdkapitalquote, die Einnahmenquote und die Staatsquote. Diese Kennzahlen werden als Prozentsatz des nominalen BIP angegeben.

Defizitquote und Fremdkapitalquote - Die Tabelle 1 enthält einen internationalen Vergleich der Defizitquote und der Fremdkapitalquote in Prozent des nominalen BIP. Im Zeitraum 2018 bis 2019 zählte die Schweiz zur Gruppe von Ländern mit einem Finanzierungsüberschuss. Dazu gehörten auch Deutschland, Österreich, Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Schweden und Kanada. Von diesen Ländern wies einzig Kanada eine Fremdkapitalquote von mehr als 100 % des nominalen BIP aus. Eine Fremdkapitalquote von mehr als 100 % des BIP haben ebenso die Länder mit Defiziten wie Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA.

Aus der Tabelle 1 ist ersichtlich, dass nicht alle Staaten gleich gute finanzielle Voraussetzungen zur Bewältigung der durch die Covid-19-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise hatten. Mit Ausnahme der Schweiz, Deutschlands, Dänemarks, den Niederlanden, Norwegens und Schwedens verzeichnen alle aufgeführten Staaten 2020 ein Defizit von mindestens 6 % des BIP. Währenddessen steigt die Fremdkapitalquote bedingt durch die Stabilisierungsmassnahmen in vielen Staaten um mehr als 15 Prozentpunkte. Die grössten Zunahmen schreiben Kanada (+42,9 Prozentpunkte), Italien und Spanien (+29,7 bzw. +29,4 Prozentpunkte). Für die Niederlande (+7,5 Prozentpunkte), Norwegen (+7,1 Prozentpunkte) Schweden (+6,2 Prozentpunkte) und die Schweiz (+2,6 Prozentpunkte) ergibt sich vergleichsweise ein viel geringerer Anstieg der Fremdkapitalquote.

2021 wird die Fremdkapitalquote der dargestellten Länder voraussichtlich weiter ansteigen, jedoch in einem deutlich geringeren Ausmass. Für den OECD Länderdurchschnitt beträgt der erwartete Anstieg +4,5 Prozentpunkte. Die Fremdkapitalquote der Schweiz dürfte unter 45 % bleiben, während sie im Euroraum, im Vereinigten Königreich, in Nordamerika (Kanada, USA) bei 125 % des BIP und mehr liegen wird. In Japan dürfte die Quote gar einen neuen Rekordwert von über 240 % des BIP erreichen.

2022 werden die Staatsdefizite aller abgebildeten Länder voraussichtlich deutlich zurückgehen, da sich die Steuereinnahmen erholen und der Bedarf an Unterstützung für Haushalte und Unternehmen zurückgeht. Einzig die Schweiz dürfte einen leichten Überschuss und Norwegen ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen. Die durchschnittliche Fremdkapitalquote der OECD-Länder dürfte auf ähnlichem Niveau bleiben und jene des EU-Raums rückläufig sein.

Tabelle 1: Defizit-Überschussquote und Fremdkapitalquote



in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022	in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022
Schweiz	+1.3	+1.3	-2.8	-2.3	+0.2	Schweiz	39.3	39.8	42.4	42.2	40.7
EU - Euroraum	-0.5	-0.6	-7.2	-7.2	-3.7	EU - Euroraum	102.4	103.5	121.9	124.6	123.2
Deutschland	+1.8	+1.5	-4.1	-4.4	-1.5	Deutschland	69.4	67.8	78.9	82.8	81.7
Frankreich	-2.3	-3.0	-9.0	-8.2	-4.6	Frankreich	121.2	123.4	146.0	147.3	145.7
Italien	-2.2	-1.6	-9.4	-11.3	-6.3	Italien	146.8	154.2	183.9	187.5	185.1
Österreich	+0.2	+0.7	-8.7	-7.1	-2.9	Österreich	92.1	90.0	109.2	113.5	112.9
Belgien	-0.8	-1.9	-9.3	-7.2	-4.0	Belgien	117.7	120.2	142.4	143.6	143.2
Dänemark	+0.7	+3.8	-1.1	-2.8	-0.9	Dänemark	50.8	51.8	62.8	66.2	67.5
Niederlande	+1.4	+1.7	-4.2	-6.0	-2.4	Niederlande	66.0	62.2	69.7	73.7	74.0
Norwegen	+7.8	+6.2	-3.6	-1.4	+0.0	Norwegen	45.6	46.8	53.9	n.a.	n.a.
Spanien	-2.5	-2.9	-10.8	-8.5	-5.3	Spanien	114.6	117.4	146.8	146.6	144.3
Schweden	+0.8	+0.5	-3.0	-3.2	-1.6	Schweden	59.1	55.3	61.5	61.4	60.9
Kanada	+0.3	+0.6	-10.6	-5.9	-1.5	Kanada	115.2	115.0	157.9	161.7	161.5
Japan	-2.4	-3.0	-10.2	-6.8	-4.1	Japan	223.1	222.8	238.2	241.5	241.6
Vereinigtes Königreich	-2.2	-2.3	-12.3	-9.1	-6.4	Vereinigtes Königreich	109.1	113.6	139.9	141.2	137.2
USA	-6.2	-6.7	-15.8	-15.9	-9.7	USA	106.4	107.9	133.6	140.5	144.0
OECD ∅	-2.8	-3.1	-10.8	-10.1	-6.0	OECD ∅	108.5	109.5	130.0	134.5	135.3

Quelle: offizielle Daten von der IWF GFS Datenbank, fortgeschrieben und ergänzt mit OECD Economic Outlook 109 (Mai 2021)

Einnahmen- und Staatsquote - Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass für die betrachteten Industrieländer die Einnahmen- und Staatsquoten sehr heterogen sind. Einerseits weisen die USA, die Schweiz, Japan, das Vereinigte Königreich, Spanien und Kanada im Zeitraum 2018 bis 2019 relativ tiefe Quoten aus. Andererseits sind die Quoten in Ländern wie Norwegen, Frankreich, Belgien und Dänemark relativ hoch. In allen Ländern sind beide Quoten bis 2019 stabil, in den beiden darauffolgenden Jahren ist ihre Entwicklung durch die Wirtschafts- und Gesundheitskrise geprägt. 2020 verzeichnet Norwegen einen markanten Rückgang der Einnahmenquote (-3,1 Prozentpunkte), während Spanien einen starken Anstieg (+2,1 Prozentpunkte) aufweist. Grosse Unterschiede in der Entwicklung der Einnahmenquote ergeben sich auch 2021. Die Einnahmenquoten in Spanien und im Vereinigten Königreich steigen, während die Quoten der anderen Länder stabil oder rückläufig sind. Die Entwicklung der Einnahmenquoten ist abhängig vom Ausmass und von der Richtung wie sich die Einnahmen und das BIP entwickeln. Verschlechtern sich beispielweise die Einnahmen nicht im gleichen Ausmass wie das BIP, dann steigt die Quote (so in Spanien im Jahr 2020), ist der Einbruch bei den Einnahmen proportional grösser als jener beim BIP, dann verringert sich die Quote (in Österreich im Jahr 2020). 2022 bleibt die Quote des OECD-Länderdurchschnitts unverändert bei 37,4 % des BIP.

Tabelle 2: Einnahmenquote und Staatsquote

in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022	in % BIP	2018	2019	2020	2021	2022
Schweiz	32.6	32.8	33.6	33.0	32.3	Schweiz	31.3	31.5	36.5	35.2	32.2
EU - Euroraum	46.5	46.4	46.9	46.3	46.4	EU - Euroraum	46.9	47.1	54.2	53.4	50.1
Deutschland	45.5	45.8	45.8	45.0	45.0	Deutschland	43.7	44.3	49.9	49.4	46.6
Frankreich	52.7	51.6	52.0	51.2	51.3	Frankreich	55.0	54.6	61.0	59.4	55.9
Italien	45.6	46.3	47.1	45.9	46.6	Italien	47.8	47.9	56.5	57.2	52.9
Österreich	48.8	49.0	48.4	48.3	48.3	Österreich	48.6	48.4	57.1	55.3	51.2
Belgien	50.6	49.3	49.7	49.8	50.0	Belgien	51.4	51.3	59.0	57.0	54.1
Dänemark	51.2	53.4	52.7	51.1	51.4	Dänemark	50.6	49.6	53.8	53.9	52.3
Niederlande	42.9	42.8	43.0	41.5	41.6	Niederlande	41.5	41.1	47.2	47.4	44.0
Norwegen	55.8	56.8	53.7	49.9	50.3	Norwegen	48.0	50.6	57.3	51.2	50.3
Spanien	38.6	38.5	40.6	41.2	41.3	Spanien	41.0	41.4	51.5	49.7	46.6
Schweden	49.6	48.5	48.4	47.8	48.1	Schweden	48.8	48.0	51.5	51.0	49.8
Kanada	41.2	41.6	41.8	40.3	40.3	Kanada	40.9	41.0	52.4	46.2	41.7
Japan	35.5	35.2	35.8	35.8	35.8	Japan	37.9	38.2	46.0	42.7	39.9
Vereinigtes Königreich	38.6	38.5	39.0	39.5	38.8	Vereinigtes Königreich	40.8	40.8	51.3	48.5	45.1
USA	30.0	29.9	30.4	30.3	30.1	USA	36.2	36.6	46.2	46.2	39.8
OECD \emptyset	37.5	37.5	37.8	37.4	37.4	OECD \emptyset	40.3	40.6	48.6	47.5	43.4

Quelle: offizielle Daten von der IWF GFS Datenbank, fortgeschrieben und ergänzt mit OECD Economic Outlook 109 (Mai 2021)

Die Entwicklung der Staatsquote unterscheidet sich von der Entwicklung der Einnahmenquote. Die Massnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise als Folge der Covid-19-Pandemie führen 2020 in allen Ländern (einschliesslich der Schweiz) zu stark steigenden Ausgaben. Der starke Rückgang des nominalen BIP verstärkt ausserdem den Anstieg der Staatsquote. Die Staatsquote der Schweiz erhöht sich im Jahr 2020 um rund 5 Prozentpunkte auf 36,5 %. Einzig in Schweden ist der Anstieg weniger stark (+3,5 Prozentpunkte). Von den untersuchten Ländern verzeichnen rund die Hälfte einen Zuwachs von mehr als 7,7 Prozentpunkte. In Kanada steigt die Staatsquote gar um 11,4 Prozentpunkte. Der verhältnismässig tiefere

Anstieg in der Schweiz ist auch darauf zurückzuführen, dass das BIP im Vergleich zu anderen Ländern weniger stark eingebrochen ist. 2021 fällt die Staatsquote in den meisten Staaten wieder, teils deutlich, so z.B. in Kanada (-6,2 Prozentpunkte) und Norwegen (-6,1 Prozentpunkte). Gemäss den aktuellen Prognosen der Eidg. Finanzstatistik dürfte die Staatsquote der Schweiz 2022 auf 32,2 % des BIP zurückgehen und damit um +0,7 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand liegen. Im Vergleich mit den anderen abgebildeten Ländern wird die Staatsquote der Schweiz weiterhin tief bleiben.

5 Anhang

Die Anhänge zu dieser Publikation sind auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung veröffentlicht. Nachfolgend sind entsprechende Links aufgeführt:

[Übersicht: Methoden und Modelle der Finanzstatistik](#)

[Umfang der Finanzstatistik](#)

